

„Kinder brauchen ihre Peergroup“

Stand: 09:42 Uhr | Lesedauer: 8 Minuten



Von **Jörg Phil Friedrich**
Autor



Demokratie von unten: Kinder auf den Straßen von Ulm

Quelle: picture alliance/dpa

Solidarität wurde zum Schlagwort der Coronakrise. Für Jürgen Müller vom Verein „Kinderrechte jetzt“ kamen dabei vor allem die Jüngsten zu kurz. Ein Gespräch über das Protestmilieu, das Schweigen der anderen und den Medienrummel um Fridays for Future.

„Wir gemeinsam“ heißt ein Bündnis, das zuletzt am 30. Januar 2022 in München öffentlich gegen die Coronamaßnahmen protestiert hat. Angemeldet hatte die Demonstration der Verein „Kinderrechte jetzt e.V.“ Hinter der Veranstaltung steht ein neues Netzwerk von Initiativen und Gruppen, die es zum Teil schon lange gibt. Wer vernetzt sich da warum? Ein Gespräch mit Jürgen Müller, Vorstand bei „Kinderrechte jetzt“.

WELT: Wie würden Sie das Milieu beschreiben, in dem Sie demonstrieren? In der Berichterstattung sieht man meist männliche Personen jenseits der 40. Das ist nicht

gerade die Gruppe, die Sie vertreten.

Jürgen Müller: Der Eindruck trügt auch. Viele Partner des Netzwerks, das sich gerade entwickelt, kamen zunächst aus dem Bereich der Kinderrechte: „Laut für Familien“, „MEGA“, „Eltern für Kinder“ in Mammendorf. In München haben wir den Verein „Kinderrechte jetzt“ gegründet, um Kindern eine Lobby zu geben. Der Lockdown war ja weniger ein Problem der Mittel- und Oberschicht, sondern von Familien mit drei oder vier Kindern, die auf 60, 70 Quadratmetern in drei Zimmern zusammensitzen.

Jetzt sollen die Kinder beschult werden, mit digitalen Mitteln, wofür das Geld gar nicht da ist – und in Fächern, in denen die Eltern auch nicht mehr helfen können. Als die Jugendlichen geimpft werden sollten, als diese massive Impfkampagne im August losging, hat uns das sehr beschäftigt. Im Dezember war es dann so, dass die Fünf- bis Elfjährigen geimpft werden sollten und die Impfpflicht im Gesundheitswesen kam. Da wussten wir: Wir müssen uns ganz schnell zusammenschließen.

Wir haben dann Vertreter von unterschiedlichen Organisationen für die nächste Demo zusammengebracht, für „München steht auf“ am 8. Dezember. Aktuell bauen wir unabhängig davon ein Bündnis. Wir wollen noch weitere Partner gewinnen, mit denen wir seit unserer letzten Versammlung in Kontakt stehen. So kommen immer neue Bündnispartner hinzu, die ein breites Spektrum abdecken. Wir sind sowohl mit größeren NGOs im Gespräch, als auch mit Unternehmen, Verbänden und einer Gewerkschaft.

WELT: Gibt es auch Leute, die sie nicht so gern dabei haben? Was sind Ihre gemeinsamen Ziele?

Müller: Wir versuchen, Leute zusammenzubringen, die da stehen, wo sie schon immer standen: auf dem Wertefundament des Grundgesetzes. Wir grenzen uns klar ab von Antisemitismus, Holocaustleugnern, Extremismus jeder Art. Wir schreiben das auch auf unserer Homepage, wir schreiben das auf unsere Flyer. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Aber ich habe auch auf der letzten Demo gesagt: Ich ärgere mich, dass ich mich so

abgrenzen muss. Man kennt mich in München in der Nachhaltigkeitsszene, ich bin gegen Extremismus und Verfassungsfeindlichkeit, von jeder Seite. Aber im Augenblick kommen die verfassungsfeindlichen Tendenzen schon auch von oben.

WELT: Wo genau standen Sie schon immer?

Müller: Ich komme aus der Bewegung gegen die sogenannten Freihandelsabkommen wie TTIP. Es ist verrückt, was jetzt gerade passiert. Leute, die früher gegen die Ermächtigung von Konzernen und der Exekutive demonstriert haben, gegen die Aushöhlung des Rechtsstaats und die Schwächung der Parlamente, demonstrieren jetzt gegen uns, die Maßnahmenkritiker, und damit auch für die Regierung und für die Konzerne. Das ist absurd: Diejenigen, die jetzt gegen uns demonstrieren, müssten mit uns gegen die Profitinteressen der Pharmakonzerne kämpfen. Oder wenn Obdachlose erfrieren, weil sie keinen 3G-Status nachweisen können: Das ist doch unfassbar!

WELT: Erleben Sie, dass Sie auf den Demos alte Bekannte wiedertreffen?

Müller: Die meisten kommen aus dem Kinderschutz und haben sich von Anfang an für die Kinder eingesetzt. Und für die Grundrechte. Das dürfte die größte Schnittmenge sein. Bei uns ist niemand irrational, allen geht es darum, wie wir mir unseren Kindern und den Grundrechten umgehen sollten. Die Coronathematik hat aber auch viele überhaupt erst politisiert, weil es sie direkt und unmittelbar betrifft. Viele haben es in ihrem ehemaligen Bekanntenkreis erlebt: Wer die Maßnahmen kritisiert, hat es schwer.

WELT: Was haben Sie selbst in ihrem ehemaligen Bekanntenkreis, wie sie sagen, erlebt?

Müller: Ich kenne den halben Stadtrat in München, aber dort redet man nicht mehr mit mir. Ich kann mir das nicht erklären. Mein Ziel ist die Wiederbelebung der öffentlichen Debatte als Lebenselixier der Demokratie.

Man weiß ja gar nicht, wer auf welcher Seite steht, weil die Leute nicht drüber reden. Auf einer Demo im Dezember habe ich vor Tausenden eine Rede gehalten. Am nächsten Tag ruft mich eine Bekannte an und sagt, sie finde es toll, wie mutig ich sei und dass sie mich

von vielen Gleichgesinnten grüßen soll. Ich frage sie: Kenne ich diese Leute? Und sie sagt: Ja, die kennst du. Aber sie wollen nicht, dass jemand weiß, wie kritisch sie den Maßnahmen gegenüberstehen. Das ist das Ende der liberalen Demokratie, wenn sich die Leute nicht mal mehr trauen, ihren Nachbarn, ihren Freunden und Bekannten ihre Meinung zu sagen. Wir müssen die Leute wieder ins Reden bringen.

WELT: Sie sagen, viele reden derzeit gar nicht mit Ihnen. Was ist denn der Grund dafür, warum man sich in unterschiedliche Richtung entwickelt hat?

Müller: Das ist tatsächlich die große Frage, die mich umtreibt – und ich habe auch versucht, mit Leuten, die manches anders sehen, ein gemeinsames Fundament zu finden, auf dem man wieder miteinander reden kann. Ich habe den Eindruck, viele wurden durch die Solidaritätskampagne beeinflusst, und ich denke, der Begriff der Solidarität wird in der Coronakrise falsch verwendet. Aber er scheint die Leute erreicht zu haben, auf einer psychologischen Ebene.

WELT: Was meinen Sie damit?

Müller: Ich denke, die Bilder aus Bergamo haben viele Leute in Angst und Schrecken versetzt. Auch das Strategiepapier aus dem Innenministerium, das ganz klar sagt: Wenn Kinder das Virus zu Oma und Opa tragen, sind sie dafür verantwortlich, wenn die Großeltern sterben. Aus Solidarität mit den Gefährdeten wurde die Botschaft: Die Kinder müssen Oma und Opa schützen. Leider herrscht auch heute noch die Ansicht vor, dass Kinder irgendeine Form von Schuld oder Verantwortung tragen, was auch Menschen so empfinden, die selbst große Angst vor einer Infektion haben. Aber Kinder brauchen mindestens genauso viel Solidarität.

Darüber will ich wieder ins Gespräch kommen, so mühsam das auch ist. Eigentlich wollen wir ja alle das Gleiche. Ich war auch auf Demos gegen uns, habe mir die Reden angehört und mit den Leuten gesprochen. Was ich da gehört habe, ist gar nicht so weit entfernt von uns.

WELT: Es gibt aber doch ein großes Einverständnis der Mehrheit mit den Maßnahmen

und nur eine Minderheit, die dagegen protestiert.

Müller: Es wirkt schräg, wenn wir eine Demo mit 5000 Leuten machen, bei Eiseskälte im Dezember, und dann lese ich, wie das mit der Zahl derer verglichen wird, die sich impfen lassen, aus welchen Gründen auch immer. Wenn überhaupt, müsste man unsere Demos mit den Gegendemos vergleichen. Also wenn in München 5000 Kritiker der Coronamaßnahmen stehen und 200 als Gegner der Kritiker, wäre das ein Verhältnis.

Merkwürdig auch, wenn man es mit den Berichten über die Demos von Fridays for Future vergleicht. Da liefen auch nur ein paar Leute rum, bekamen aber medial die größtmögliche Aufmerksamkeit. Und zur gleichen Zeit haben, sage ich jetzt mal, 82 Millionen Deutsche genauso weiter konsumiert wie bisher, sind geflogen, haben Fleisch gegessen und sind Auto gefahren. Da wird mit zweierlei Maß gemessen.

Es geht uns einfach nur darum, gegen die größten Ungerechtigkeiten, die durch die Coronapolitik entstanden sind, zu demonstrieren und laut für die Interessen von Kindern und Jugendlichen einzutreten.

WELT: Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind ja nun in den letzten Tagen durch die Aktion #WirWerdenLaut in den Fokus gerückt. Wie stehen Sie zu dieser Petition – und was sind konkret die Forderungen Ihrer Initiative?

Müller: „Kinderrechte jetzt“ hat sich gegründet mit dem Ziel, den Druck der Impfung von den Kindern und Jugendlichen zu nehmen, damit die Impfung eine freie Entscheidung bleibt. Seither hat sich jedoch die Lage für die Kinder eher zugespitzt. Mittlerweile hat der Druck – auch durch Masken und Tests – derart zugenommen, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrien überlaufen. Entgegen der Stiko-Empfehlung wurde der Impfdruck auf Kinder und Jugendliche eher erhöht, ihr soziales Leben bleibt eingeschränkt. Aber Kinder und Jugendliche brauchen nun mal ihre Peergroup.

Eines wissen wir nun seit geraumer Zeit: Kinder und Jugendliche sind von schweren Verläufen von Covid-19 so gut wie nicht betroffen. Es bräuchte weiterhin dringend eine Aufklärung durch die Politik, dass Kinder weniger gefährdet sind, als es ursprünglich

suggestiert wurde. Die teilweise unbegründeten Ängste, die viele Familien und Kinder haben, wurden doch durch die Politik überhaupt erst geschürt.

Omikron bietet vielen Ländern um uns herum die Chance zum Ausstieg. Maßnahmen werden aufgehoben, in manchen Ländern, wie in den skandinavischen, haben sie für Kinder in diesem Maße nie gegolten. Deshalb tritt in Deutschland, ausgerechnet in einer solchen Phase, eine Initiative wie #WirWerdenLaut auf den Plan.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/236722453>



DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

